



von Helmut Markwort

Wir haben wenig Grund, über das amerikanische Wahlrecht zu nörgeln

Dienstag

So einfach kann Franziska Giffey ihre Affäre nicht abschütteln. Um dem Plagiatsvorwurf wegen ihres Dokortitels zu entgehen, hatte sie der Öffentlichkeit mitgeteilt, sie werde ihn ab sofort nicht mehr führen. Ihre Parteigenossen begrüßten den Schritt „voller Respekt“ und spekulierten auf das Ende der Debatte.

Die simple Aktion reicht aber nicht. Die Familienministerin kann ihre Visitenkarten mit den zwei Buchstaben drauf wegwerfen, behält den akademischen Grad aber trotzdem. Er kann ihr nur entzogen werden, was möglicherweise noch geschehen wird.

Die SPD muss sich jetzt vorhalten lassen, wie sie im Jahr 2011 den damaligen Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg mit Trommelfeuer beschoss, als der wegen seiner Plagiatsaffäre nicht gleich zurücktrat.

Thomas Oppermann fand es „unerträglich“, dass ein „akademischer Hochstap-



Ohne Doktor Ministerin Franziska Giffey will mit einer Geste ihre Plagiatsaffäre beenden

ler“ weiter dem Kabinett angehören dürfe, und Karl Lauterbach, Experte für alles, formulierte, das Kabinett sei der einzige Arbeitsplatz, wo man trotz Plagiaten in seiner Doktorarbeit bleiben dürfe.

Typisch für die Wendehälse in der SPD ist der frühere Juso-Vorsitzende Björn Böhning. Während der Guttenberg-Affäre leitete er die Grundsatzabteilung im Berliner Senat und griff den CSU-Minister scharf an. Man dürfe den akademischen Grad gar nicht zurückgeben, schrieb er und warf den Betrugsvorwurf auf.

Jetzt sitzt Böhning als Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium und lobt Ministerin Giffey: „Respektable Entscheidung.“ In Berlin wissen viele, dass Böhnings Frau Nancy sich um einen wichtigen Posten bei Franziska Giffey beworben hat.

Er schämt sich auch nicht zu twittern: „Für das Vorgehen meiner alten Uni fehlt mir langsam jedes Verständnis.“

Der Freien Universität, die wegen ihrer seltsamen „Rüge“ gegen objektive Täuschung an 27 Stellen der Arbeit getadelt worden ist, bleibt nichts anderes übrig, als ein zweites Verfahren einzuleiten.

Der neuen Kommission dürfen nicht, wie der ersten, Freunde der Dokortormutter von Franziska Giffey angehören.

Mittwoch

In den USA werden immer noch Stimmen gezählt. Deswegen und auch wegen der komplizierten Abläufe in den 50 selbstständigen Staaten nörgeln viele Beobachter aus Deutschland und Europa über das amerikanische Wahlrecht.

Diese Kritik ist hochmütig und selbstgerecht. Sie verdrängt, wie fragwürdig



50 Wahlen In den roten Staaten (Trump) und den blauen (Biden) gelten eigene Regeln

unsere eigenen Systeme sind. Bei der Bundestagswahl 2013 wurden wegen der Sperrklausel mehr als 6,8 Millionen Wählerstimmen nicht berücksichtigt. Der derzeitige Bundestag ist nicht gesetzeskonform und vollkommen schief zusammengesetzt. Laut Gesetz soll er je zur Hälfte aus direkt gewählten und aus Listen-Abgeordneten bestehen, aus jeder Gruppe 299.

Das nur wenigen erklärbare Geflecht aus Überhang- und Ausgleichsmandaten hat jedoch dazu geführt, dass 410 Abgeordnete im Parlament sitzen, die über die Listen eingerückt sind. Die Wucherung auf 709 Mandatsträger hat auch die Gewichte verschoben.

Schon vom Grundsatz her ungerecht laufen die Wahlen für das Parlament der EU.

In Deutschland wohnen 17,5 Prozent der Wähler, sie dürfen aber nur 13,6 Prozent der Abgeordneten stellen.

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit 2018 FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag.

Foto: dpa